



JUGENDORGANISATIONEN PARLAMENTSWAHLEN IN TSCHETSCHENIEN

■ Analyse		
	Politische Jugendorganisationen und Jugendbewegungen in Russland. Jens Siegert, Moskau	2
■ Tabellen und Grafiken zum Text		
	Jugendorganisationen	7
	Jugend und Politik	8
■ Kommentar		
	Tschetschenische Parlamentswahlen. Uwe Halbach, Berlin	11
■ Umfrage		
	Die Wahlen in Tschetschenien in den Augen der russischen Öffentlichkeit	12
■ Chronik		
	Chronik vom 24. November bis 1. Dezember 2005	16

Analyse

Politische Jugendorganisationen und Jugendbewegungen in Russland

Jens Siegert, Heinrich-Böll-Stiftung, Moskau

Zusammenfassung

Ein großer Teil der russischen Jugendlichen ist politisch uninteressiert und abstinent. Sowohl das starke Desinteresse an Politik von jungen Menschen als auch ihre relative Missachtung durch praktisch alle politischen Lager verändern sich seit einigen Jahren. Dieser Prozess wurde durch die „Revolutionen“ genannten politischen Umbrüche in Georgien, in der Ukraine und in Kirgisien erheblich beschleunigt. Im Ergebnis gewinnen politische Jugendorganisationen an Bedeutung. Dabei sind junge Menschen sowohl Subjekt als auch Objekt. Sie werden von Polittechnologien zu „Agitbrigaden“ geformt oder von Parteiführern zum Rebranding ihrer Parteien genutzt. Gleichzeitig entdecken viele junge Menschen aber auch die Politik als Mittel zu Selbstverwirklichung wieder.

Einige Jugendorganisationen sind Teile subkultureller Parallelgesellschaften. Andere bieten die Perspektive eines sozialen Lifts, der seine Passagiere in einem eher fest gefügten politischen System in die höheren Etagen befördern kann. Diese verschiedenen Interessen und Funktionen sollen genauer betrachtet und, soweit möglich, eingeordnet werden.

Jugend und Politik

Ein großer Teil der russischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen galten und gelten als politisch uninteressiert und abstinent. Politik hatte bei ihnen mehr noch als in der Bevölkerung insgesamt den Ruf schmutzig, korrupt, ja obszön zu sein. Umgekehrt kümmerten sich Politiker aller Richtungen wenig um junge Menschen. Politischer Nachwuchs wurde wenig gebraucht, weil ein großer Teil der russischen politischen Elite selbst noch relativ jung ist. Um sie als Wählerinnen und Wähler zu werben galt angesichts ihrer aufgrund der demographischen Entwicklung relativ geringen Generationenstärke und ihrer starken Politikabstinenz als nicht sonderlich effektiv. Rentner und Rentnerinnen dagegen sind eine ansprechbare, politisch interessierte und vor allem disziplinierte Wählergruppe. (Siehe dazu die Tabellen und Grafiken auf den Seiten 8 bis 10)

Sowohl das starke Desinteresse von jungen Menschen als auch ihre relative Missachtung durch praktisch alle politischen Lager verändern sich seit einigen Jahren. Dieser Prozess wurde durch die „Revolutionen“ genannten politischen Umbrüche in Georgien, in der Ukraine und in Kirgisien erheblich beschleunigt. Insbesondere die „Orangene Revolution“ in der Ukraine wird von der liberalen und auch einem großen Teil der kommunistischen Opposition als Hoffnungsschimmer empfunden. Der Kreml und ihm nahe stehende Kräfte sehen darin eine möglicherweise existentielle Bedrohung für das etablierte politische System unter Präsident Putin.

Das russische „molodjoschnyje organizazii“ wird mit der direkten Übersetzung „Jugendorganisationen“

nur ungenau umrissen. Gemeint sind Vereinigungen von Menschen zwischen 15 und 30 Jahren. Ich werde im Folgenden die Worte Jugend, Jugendlicher oder Jugendorganisationen in diesem Sinn benutzen.

Jugendorganisationen – ein Querschnittsportrait

In den hier beschriebenen politischen Entwicklungen sind junge Menschen sowohl Subjekt als auch Objekt. Sie werden von Polittechnologien zu „Agitbrigaden“ geformt oder von Parteiführern zum Rebranding ihrer Parteien genutzt. Gleichzeitig entdecken viele junge Menschen aber auch die Politik als Mittel der Selbstverwirklichung wieder. Politik wird als Abenteuer und Extremerfahrung gesucht. Einige Jugendorganisationen sind Teile subkultureller Parallelgesellschaften. Andere bieten die Perspektive eines sozialen Lifts, der seine Passagiere in einem eher fest gefügten politischen System in die höheren Etagen befördern kann.

Es lassen sich grob vier ideologische Gruppen von Jugendorganisationen unterscheiden: Rechtsradikale und nationalistische Gruppen, linksradikale und kommunistische Organisationen, liberale, an westlichen Demokratiemodellen orientierte Gruppierungen und vom Kreml initiierte oder ihm loyale Organisationen. Über die jeweilige Größe dieser vier politischen Richtungen gibt es kaum zuverlässige Informationen. Die Eigenangaben der Organisationen sind mit großer Vorsicht zu betrachten. Im heutigen Russland eher unzuverlässige Indikatoren wie öffentliche und Medienrelevanz, Anzahl und Größe der politischen Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen oder

Auftritte im Internet und Hostbesuche lassen aber vermuten, dass linksradikale, nationalistische und kremlnahe Gruppen etwa gleich große Mitgliederzahlen und Anhängerschaft haben, während die liberalen Gruppierungen zwar zahlreich aber erheblich schwächer sind. (Siehe dazu auch die Grafik auf Seite 7)

Das Interesse der jungen Menschen speist sich bei den Linksradikalen, den Nationalisten und den Liberalen vorwiegend aus idealistischen, moralisch-ethischen und weltanschaulichen Motiven. Das ernsthafte Engagement mit oft durchaus missionarischen Zügen unterscheidet diese Gruppen nicht von Jugendbewegungen in anderen Ländern und zu anderen Zeiten. In den kremlorientierten Gruppen dagegen überwiegen opportunistische Verhaltensweisen mit stärkerem Bezug zu sozialen und politischen Überlebenspraktiken aus der Sowjetzeit. Eine große Rolle spielen auch rational-zweckorientierten Karriereplanungen. Die liberalen Gruppen sind stärker in Moskau, St. Petersburg und anderen Großstädten vertreten. Linksradikale und Kremlnahe Organisationen haben in den kleineren Städten und in ländlichen Gebieten größere Mobilisierungserfolge. Rechtsextreme Gruppen scheinen auch in den Großstädten mit ihrer stärkeren ethnischen Vermischung erfolgreicher zu sein. In den Regionen finden sich unter Jugendlichen oft Ansätze eines spontanen ‚originären Patriotismus‘, der aber häufig mit einem nach außen aggressiven nationalen Minderwertigkeitskomplex einhergeht.

Im Gegensatz zum ernsthaften Zugang der meisten Aktiven in den unterschiedlichen Jugendorganisationen bleibt das staatliche Interesse, aber auch das Interesse der politischen Parteien von links bis rechts oberflächlich und instrumentell. In der offiziellen staatlichen Jugenddoktrin werden Jugendliche in erster Linie als „Arbeitskräfteressource“ definiert und unter demographischen Gesichtspunkten behandelt. Trotz des verstärkten Interesses junger Menschen an politischem Engagement bleibt ihr Vertrauen in politische und staatliche Institutionen klein. Vertrauen genießen in Umfragen nur Präsident Putin und die orthodoxe Kirche. Parlament, Parteien, Gerichte und Presse werden als gleichermaßen korrupt und inkompetent eingeschätzt.

Für die Identifikation von Jugendlichen mit politischen Gruppen sind kulturelle und subkulturelle Symbole wichtig. Viele Organisationen haben bekannte und populäre Musiker, Schauspieler oder andere öffentliche Personen wie Fernsehmoderatoren, Showmaster oder Sportler als Mitglieder oder Aushängeschilder. In den kremlnahen Organisationen dienen diese Stars mit möglichst „kultigem“ Image vorwiegend dazu, ihnen mehr Aufmerksamkeit und

Anziehungskraft unter Jugendlichen zu verschaffen. Bei staatsferneren und oppositionellen Gruppen haben diese Prominenten mitunter stil- und auch ideologiebildende Funktionen.

In der Jugendkultur wird die aus der Sowjetzeit übernommene, an die heutige soziale und politische Wirklichkeit in Russland angepasste Unterscheidung in „Gopniki“ und „Neformaly“ wieder wichtig. Die von den „Neformaly“ so genannten „Gopniki“ (die Herkunft der Bezeichnung ist strittig und sie selbst würden sich nie so nennen) kommen eher aus der Provinz denn aus einer Großstadt. Sie neigen einer vor allem durch das Fernsehen verbreiteten Massenkultur zu, die in Russland „popsa“ genannt wird, ein vom englischen „Pop“ abgeleiteter und verächtlich gemeinter Sammelbegriff. „Popsa“ wäre, auf Deutschland und andere Zeiten übertragen, eher Schlager und Klamauk als Punk und Kabarett. „Gopniki“ neigen zur offenen, zumindest aber latenten Ablehnung von Fremdem und Fremden. Oft pflegen sie antiintellektuelle Vorurteile, die schnell in Intellektuellenfeindlichkeit umschlagen. Wichtig für „Gopniki“ ist es dazu zu gehören und hinein zu passen. „Gopniki“ sind per definitionem apolitisch oder antipolitisch

„Neformaly“ wollen in fast allem das Gegenteil der „Gopniki“ sein. Sie kleiden sich anders als der Mainstream der Gesellschaft und hören Musik mit tatsächlich oder vermeintlich widerständiger Tradition, bevorzugt westlicher Herkunft. „Neformaly“ verachten das Fernsehen. Eine Ausnahme ist der – im Übrigen staatliche – Sender „Kultura“, der unter Putins Präsidentschaft die Rolle der Literaturnaja Gaseta aus der Spätphase der Sowjetunion als „Ventil“ zum Dampfablassen für nicht allzu radikale oppositionelle Meinungen übernommen hat. „Neformaly“ interessieren sich für Politik, ohne unbedingt schon politisch engagiert zu sein. Ihre Sympathien gehören meist der ukrainischen „orangenen Revolution“.

„Staatsjugend“

Drei Jugendorganisationen wurden in den vergangenen vier Jahren auf Initiative und mit Unterstützung der Präsidialadministration aufgebaut: „Gemeinsamer Weg“ (Iduschtschije Wmestje), „Unsere“ (Naschi) und die Mitte November in „Junge Garde des Einigen Russlands“ umbenannte Jugendorganisation der Kremlpartei „Einiges Russland“.

Das Projekt „Gemeinsamer Weg“ 2001 und seine faktische Nachfolgeorganisation „Unsere“ werden beide von Wladimir Jakemenko geleitet, einem ehemaligen Mitarbeiter der Kremladministration. Jakemenko leugnet diese Verbindung nicht. Im Gegenteil betont er immer wieder seine politische und persönliche Nähe zur Staatsführung unter Präsident Putin. Die

Anfang 2005 geschaffenen „Unseren“ sind eine direkte Reaktion auf die in Russland so genannten „bunten Revolutionen“ in Georgien, der Ukraine und Kirgisien. Hauptziel von „Gemeinsamer Weg“ und „Unsere“ ist die bedingungslose Unterstützung von Präsident Putin und seiner Politik. „Unsere“ nennen sich „antifaschistisch“. Als „faschistisch“ bezeichnet Jakemenko jedwede politische Opposition, also neben rechtsextremen auch liberale und kommunistische Gruppen und Politiker.

Die beiden von Jakemenko geleiteten Gruppen verfügen über erhebliche Geldmittel. „Gemeinsamer Weg“ organisierte in den vergangenen Jahren eine Reihe von Kundgebungen und Konzerten zur Unterstützung der Politik des Kreml, zu denen meist mehrere tausend junge Menschen mit Zügen und Autobussen nach Moskau gebracht wurden. „Unsere“ versammelten Mitte Mai 2005 über 50.000 Anhänger in Moskau auf dem gesperrten Leninprospekt, alle in einheitlichen T-Shirts, „zu Ehren der Veteranen des Großen Vaterländischen Kriegs“. Im Sommer veranstalteten sie ein Sommerlager für mehrere Tausend „Kommissare“, wie die Funktionäre genannt werden. Dort traten als Referenten u.a. der stellvertretende Chef der Präsidentenorganisation Wladislaw Surkow und der Polittechnologe Gleb Pawlowskij auf. Surkow gilt als Mentor der Organisation. Im Anschluss an das Lager empfing Präsident Putin rund 20 „Kommissare“ auf seiner Datscha bei Moskau. Selbstverständlich wurde über alle diese Ereignisse ausführlich von den zentralen Fernsehkanälen berichtet. Nach Presseberichten kosteten allein Lager und Demonstration zusammen mehr als vier Millionen US-Dollar.

Mediale Aufmerksamkeit erregten „Gemeinsamer Weg“ und „Unsere“ auch durch Aktionen gegen den postmodernen Schriftsteller Wladimir Sorokin. „Gemeinsamer Weg“ errichtete vor drei Jahren im Moskauer Stadtzentrum eine überdimensionierte Papptoilette, in die Aktivisten als „pornographisch“ geschmähte Bücher Sorokins warfen und wässerten. Jakemenko zeigte Sorokin wegen Pornographie an. Die Staatsanwaltschaft eröffnete tatsächlich ein Verfahren, zum Gerichtsprozess kam es aber nie. Im Frühjahr 2005 protestierten „Unsere“ vor dem Bolschoj Theater in Moskau gegen die Aufführung einer Oper nach einem Libretto Sorokins. Die Aufführung dieses „unrussischen“ Werks sei eine „Entweihung“ der nationalen Institution Bolschoj Theater, begründete Jakemenko den Protest.

Die innere Struktur der Organisation „Unsere“ ist streng hierarchisch und nach außen abgeschlossen. Ohne Erlaubnis Interviews zu geben oder

mit Journalisten zu reden ist nicht nur einfachen Mitgliedern, sondern auch „Kommissaren“ verboten. Als Lohn für gute Leistungen winken Kontakte zu wichtigen Politikern und Beamten sowie die Teilnahme an Lagern und Schulungen. Vor allem die Aussicht auf sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg durch enge Verbindungen zur staatlichen Führungselite auf allen Ebenen machen „Unsere“ besonders für viele jungen Menschen in den Regionen attraktiv.

2005 eröffneten „Unsere“ eine eigene „Hochschule“, die „junge Führungspersonen“ heranziehen soll. Jakemenko erklärte mehrfach öffentlich, „Unsere“ seien die künftigen „Führer“ (lidity) Russlands. Für oft in der Presse wiederholte Behauptungen, Studierende würden an vielen Hochschulen von Dozenten und Rektoren zum Eintritt in „Unsere“ gedrängt, gibt es keine ausreichenden Belege. In einzelnen Städten, darunter in Moskau, haben „Unsere“ enge Verbindungen zur Hooligan-Szene der Fußballfans.

Am 4. Dezember wollen mehr als 3.000 „Unsere“ bei den Wahlen zur Moskauer Stadtduma als „unabhängige Wahlbobachter“ nach den Worten von Jakemenko verhindern, dass „Liberale und Faschisten die Wahlen sprengen“. Mittelfristig wolle sich seine Organisation darauf vorbereiten, so Jakemenko, Versuche von aus dem Ausland unterstützten Oppositionellen zu verhindern, die kommenden Duma- und Präsidentenwahlen Ende 2007 und Anfang 2008 zu fälschen.

Weit weniger medienwirksam als „Unsere“ und öffentlich kaum noch wahrgenommen präsentierte sich in den vergangenen zwei Jahren die Jugendorganisation der kremlnahen Partei Einiges Russland. Die populäre Frontfrau, die ehemalige Nachrichtensprecherin Alexandra Buratajewa, verschwand nach ihrem Einzug in die Staatsduma Ende 2003 vom Bildschirm und verlor viel an Popularität. Mitte November wurde die Parteijugend eines umfassenden Relaunches unterzogen und in „Junge Garde des Einigen Russlands“ umbenannt. An die Spitze traten der erfolgreiche Kinoregisseur Fjodor Bondartschuk und der bei Jugendlichen „kultige“ Fernsehmoderator und Produzent Iwan Demidow.

Kurz vor der Ernennung Bondartschuks zum Parteijugendboss hatte Präsident Putin ihn zum gemeinsamen Anschauen des Bondartschuk-Films „Die 9. Kompanie“ empfangen. Der Film zeigt den verzweifelten und für alle bis auf einen Soldaten tödlich endenden Kampf einer sowjetischen Fallschirmspringereinheit in Afghanistan, kurz vor dem Abzug der sowjetischen Truppen Ende der 80er Jahre. Passenderweise heißen die Parteeoffiziere der „Jungen

Garde“ „Kommandeure“. Die Bezeichnung geht auf einen sowjetischen Film aus den fünfziger Jahren über eine jugendliche Widerstandsgruppe im deutschen Besatzungsgebiet während des Zweiten Weltkriegs zurück, deren Mitglieder alle von den deutschen Besatzern hingerichtet wurden.

Liberales

Auch die Aktivierung liberaler Jugendorganisationen und die Entstehung gleich einer ganzen Reihe neuer Gruppen sind Folge der „Orangen Revolution“ in der Ukraine. Dahinter steht unter anderem die Hoffnung, dass jungen Menschen in Russland eine ähnlich wichtige mobilisierende Rolle wie bei den Dauerdemonstrationen und dem Zeltlager auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew spielen können. Größeren Zulauf haben liberale Jugendgruppen vor allem in Moskau, St. Petersburg und einigen anderen großen Regionalzentren.

„Weg ohne Putin“ (Iduschtschije bes Putina) entstand Anfang 2005 an St. Petersburger Universitäten als direkte Antwort auf den „Gemeinsamen Weg“ (Iduschtschije Wmestje). Filialen entstanden in Moskau und Kaliningrad. Die Hauptlosung ist: „Wir sind freie Menschen und wollen in einem freien Land leben.“ Schon im Mai 2005 spaltete sich die Moskauer Filiale ab und gründete eine eigene Organisation unter dem Namen „Wir“ (My). „Wir“ steht offen und ausdrücklich in der Tradition der „Orangen Revolution“ in der Ukraine.

Die Jugendorganisation der Partei Jabloko, „Junges Jabloko“, besteht bereits seit der Parteigründung 1994 und hat nach eigenen Angaben Untergliederungen in 35 Regionen, die größten in Moskau, St. Petersburg und Samara. Seit der Niederlage von Jabloko bei den Parlamentswahlen im Dezember 2003 tritt „Junges Jabloko“ als Organisator von Protestveranstaltungen der liberalen Opposition auf.

Im April 2005 schufen „Junges Jabloko“, „Weg ohne Putin“ sowie eine Reihe kleinerer Organisationen aus dem liberalen Lager den Zusammenschluss „Verteidigung“ (Oborona). Dahinter stand die Idee, den seit zwei Jahren diskutierten Zusammenschluss der liberalen Parteien zu forcieren. Mitte 2005 hatte „Verteidigung“ Filialen in Moskau, St. Petersburg, Murmansk, Barnaul, Woronesch, Perm, Nischnij Nowgorod unter einer Reihe weiterer Großstädte. „Verteidigung“ nimmt sich die serbische „Otpor“, die ukrainische „Pora“ und die georgische „Chmara“ zum Vorbild. Die größte öffentliche Aktion bisher war eine Unterstützungsdemonstration für Michail Chodorkowskij im Juni 2005.

„Ich denke“ (Ja Dumaju, abgekürzt JaD, auf Deutsch „Gift“) ist eine ursprünglich an der Moskauer privaten Hochschule für Wirtschaft ge-

gründete Studentenorganisation ohne Parteibindung, der sich inzwischen auch Studenten anderer Moskauer Hochschulen angeschlossen haben. „Ich denke“ hat angekündigt, den Wahlbeobachtern der Organisation „Unsere“ bei den Moskauer Stadtdumawahlen eigene „unabhängige“ Wahlbeobachter an die Seite zu stellen.

Vor allem in Südrussland und in der Wolgaregion ist seit 2004 eine sich „Grüne Alternative“ nennende Organisation mit Sitz in Woronesch aktiv, deren Ziel der Aufbau eines „grünen Milieus“ in Russland ist. Die Organisation besteht aus Aktivisten und Aktivistinnen ökologischer Initiativgruppen und Mitgliedern des Netzwerks „Bewegung Junger Menschenrechtler“.

Linksradikale

Linksradikale Gruppen mit meist jungen Mitgliedern gibt es in Russland nach dem Wegfall des Fraktionsverbots der KPdSU mindestens so viele, wie in der Bundesrepublik der späten 70er Jahre. Abgesehen von den untypischen Ausnahmen anarchistischer Organisationen und der National-Bolschewistischen Partei des Schriftstellers Eduard Limonow waren sie lange Zeit öffentlich kaum sichtbar. Das änderte sich mit den Protesten gegen die Mitte 2004 verabschiedeten und Anfang 2005 in Kraft getretenen Sozialreformen. Die ersten Initiatoren dieser Proteste waren weder die KPRF noch die Gewerkschaften, sondern kleine trotzkistische und anarchistische Gruppen in den Regionen. Nichtsdestotrotz hauchten die seit den 1990er Jahren größten Sozialproteste dem gesamten linksradikalen Spektrum und vor allem den Jugendorganisationen neuen Atem ein.

Die „Linke Jugendfront“ ist ein 2004 entstandener Zusammenschluss linker Jugendorganisationen, darunter die „Union der Kommunistischen Jugend“ (SKM, Jugendorganisation der KPRF), die „Avantgarde der Roten Jugend“ (AKM, Jugendorganisation von „Arbeitendes Russland“, der Partei von Viktor Anpilow), der „Sozialistische Widerstand“ (Sozialistitscheskoje Soprotiwlenije) und die „Revolutionäre Kommunistische Jugendunion“ (Revoljuzionnyj Kommunistitscheskij Sojus Molodjoschi). Die Linke Jugendfront organisierte eine Reihe von Demonstrationen, darunter gegen den „Krieg im Irak, in Tschetschenien und in Palästina“, für den kostenlosen Personennahverkehr, einen „antikapitalistischen Marsch“ und einen Hungerstreik gegen die Sozialreformen.

Bereits Anfang 2005 verschärften sich ideologische Gegensätze. Während AKM in seinem Programm die „revolutionären Lehren Lenins und Stalins“ preist, sind Rhetorik und Politik von SKM, deren Mutterpartei KPRF im Parlament vertreten ist, entsprechend gemäßiger. Der „Sozialistische Widerstand“ ist die größte

trotzkistische Organisation Russlands. Er beteiligt sich aktiv an antiglobalistischen Aktionen und wirkte auch an der Gründung eines russischen Ablegers von attac mit.

Eine der größten und öffentlich wirksamsten Gruppen der radikalen Linken ist die National-Bolschewistische Partei (NBP). Sie wurde bereits 1993 von dem Schriftsteller Eduard Limonow gegründet und bezieht sich auf eine russifizierte Version des frühen Nationalsozialismus der 20er Jahre. Zwar ist die NBP keine klassische Jugendorganisation, ein großer Teil ihrer Aktivisten besteht jedoch aus jungen Menschen um die zwanzig.

Mitte Dezember 2004 drangen 39 NBP-Aktivisten in den Anmelderaum der Präsidentenadministration ein und forderten „demokratische Freiheiten und die Freilassung der politischen Gefangenen“. Sie drängten die dort Beschäftigten Beamten ohne Gewaltanwendung aus dem Gebäude und verbarrikadierten sich. Nach einiger Zeit wurden sie von Sondereinheiten verhaftet. Bis heute befinden sich alle 39 Aktivisten in Untersuchungshaft. Gegen sie wurde anfangs wegen Versuchs eines Staatsstreichs ermittelt. Die Anklage wurde später in „Organisation von Massenunruhen“ umgewandelt. Bei Verurteilung drohen den jungen Menschen Lagerhaftstrafen von bis zu 15 Jahren.

Diese und eine Reihe Nachfolgeaktionen brachten den Nationalbolschewisten vor allem wegen des eingegangenen hohen persönlichen Risikos große Achtung in der politischen Opposition ein. Liberale Politiker und Menschenrechtler setzen sich für ihre Freilassung ein.

Rechtsextreme und Nationalisten

Aussagen über die innere Struktur rechtsextremistischer oder nationalistischer Gruppen zu machen ist schwierig. Zum einen gibt es nur wenige Jugendorganisationen in dem hier behandelten Sinn. Zum anderen sind die rechten Gruppen Außenstehenden gegenüber meist sehr verschlossen. Häufig übernehmen sie nationalsozialistische Symbole und Ästhetik. Der NS-Zusammenhang wird dabei in der

Regel geleugnet. An das NS-Hakenkreuz erinnernde Runen ebenso wie schwarze Uniformen im Stil der SS werden auf russische und slawische Wurzeln zurückgeführt. Die seit den 1990er Jahren öffentlich wichtigste Organisation „Russische National Einheit“ (Russkoe Nazionalnoje Jedinstwo, RNJe) hat ihre Bedeutung weitgehend verloren. Vor allem in Moskau und St. Petersburg versucht eine „Neue Nationale Partei“ ihren Platz zu übernehmen. Eine wichtige Mobilisierungsreserve für rechte Gruppen bilden in fast jeder größeren Stadt anzutreffende Skinheadgruppierungen aus dem Fußball-Hooliganmilieu.

In den vergangenen Jahren hat im rechtsextremen Milieu der so genannte Kampf gegen „illegale Migranten“ den traditionell konstitutiven Antisemitismus in den Hintergrund gedrängt. Es scheint sich hier aber eher um einen taktischen Schritt als um eine ideologische Umorientierung zu handeln. Die rechten Gruppen fühlen im Windschatten der zumindest verbal zunehmend antiwestlichen Politik der russischen Staatsführung unter Putin eine Chance, kulturell und politisch in die Offensive zu kommen. Am 4. und 27. November 2005 brachten Aufmärsche einer ebenfalls vorwiegend aus Jugendlichen bestehenden „Bewegung gegen illegale Immigration“ in Moskau jeweils bis zu 2.000 Anhänger unter Losungen wie „Russland den Russen“ und „Moskau gehört uns“ auf die Straße.

Schluss

Binnen einen Jahres sind Jugendorganisationen zu einem sichtbaren Teil der russischen Politik geworden. Noch ist es zu früh, zu sagen, ob diese Politisierung junger Menschen nur kurzfristigen und konjunkturellen Charakter hat oder weiter anhalten und sich vielleicht noch verstärken wird. Für beides gibt es gute Argumente. Festzuhalten bleibt aber auf jeden Fall, dass sowohl der Kreml als auch die Oppositionsparteien Jugendorganisationen zumindest bis zu den kommenden Wahlen als Mittel im politischen Kampf zu nutzen versuchen werden.

Redaktion: Heiko Pleines

Über den Autoren:

Jens Siegert ist Diplompolitologe und Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau, wo er vorher als Korrespondent deutscher Zeitungen tätig war.

Lesetipp:

Analysen kultureller und weltanschaulicher Orientierungen russischer Jugendlicher bietet *kultura* Nr. 2/2005, http://www.forschungsstelle-osteuropa.de/con/images/stories/pdf/kultura/kultura_2.pdf

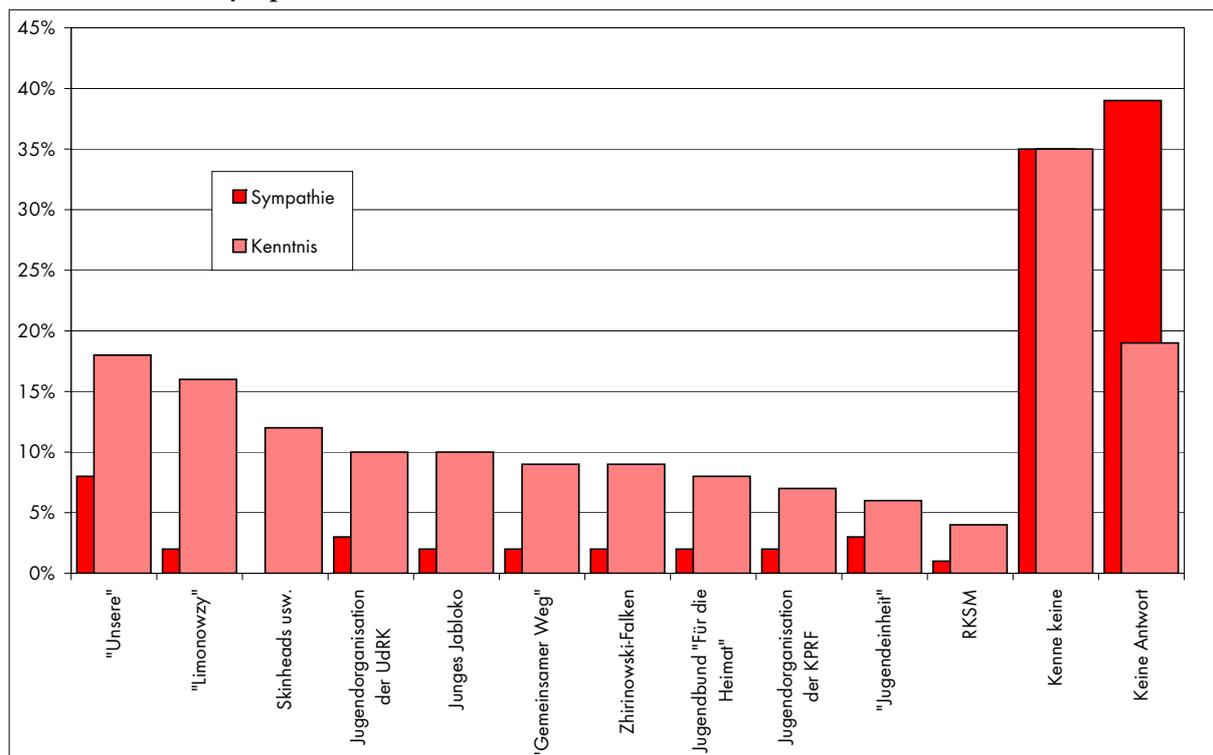
Tabellen und Grafiken zum Text

Jugendorganisationen

Umfrage des VCIOM, August 2005

Quelle: Press-vypusk 271 <http://wciom.ru/?pt=45&article=1627>

Welche politischen Jugendorganisationen kennen Sie (beliebig viele Antworten) und mit welcher sympathisieren Sie am ehesten?



Welche Aufgaben will die Jugendbewegung "Unsere" angehen? (beliebig viele Antworten)

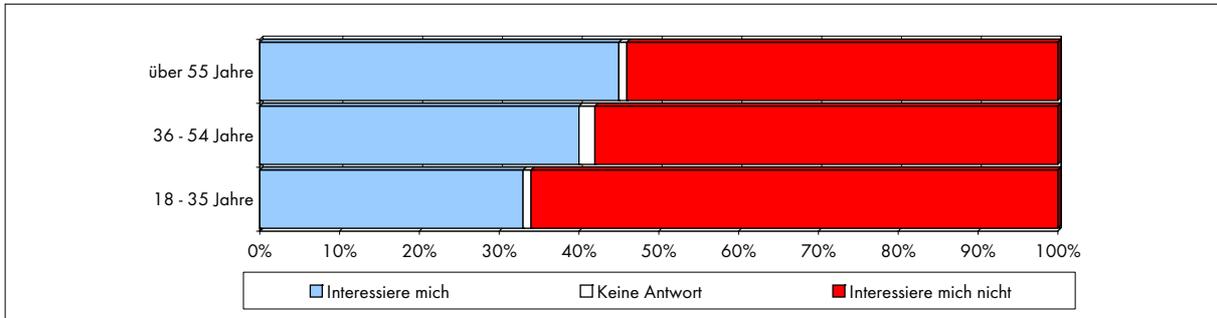
Die Jugend aktiv in das politische Leben einbeziehen	19%
Den Rückhalt in der Jugend verstärken	16%
Der Gefahr des Faschismus entgegenwirken	8%
Eine neue Generation von Führern heranziehen und die alte ablösen	8%
Den oppositionellen Jugendgruppen (Limonowzy, Jabloko usw.) entgegenwirken	6%
Eine "orangene Revolution" in Russland verhindern	6%
Die Entwicklung fördern	5%
Das ist ein untauglicher Versuch, "Unsere" wird keine Massenbewegung	8%
Keine Antwort	59%

Jugend und Politik

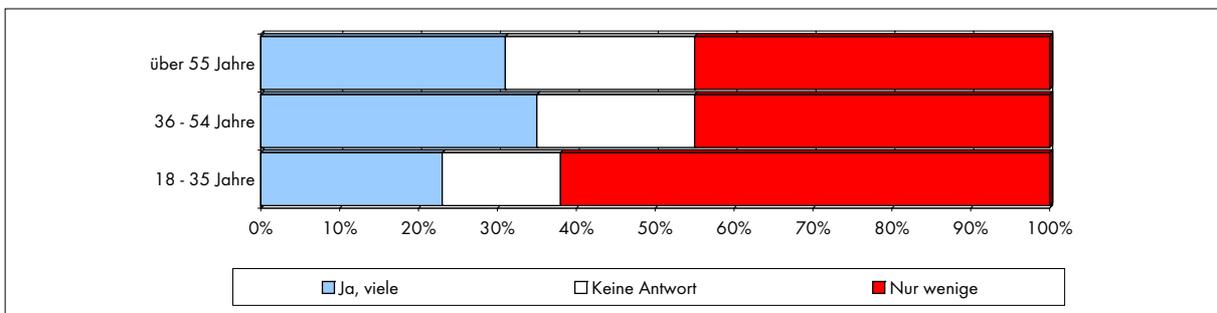
Umfrage der "Stiftung Öffentlich Meinung" (FOM) im Juni 2005

http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0522/domt0522_1/tb052210

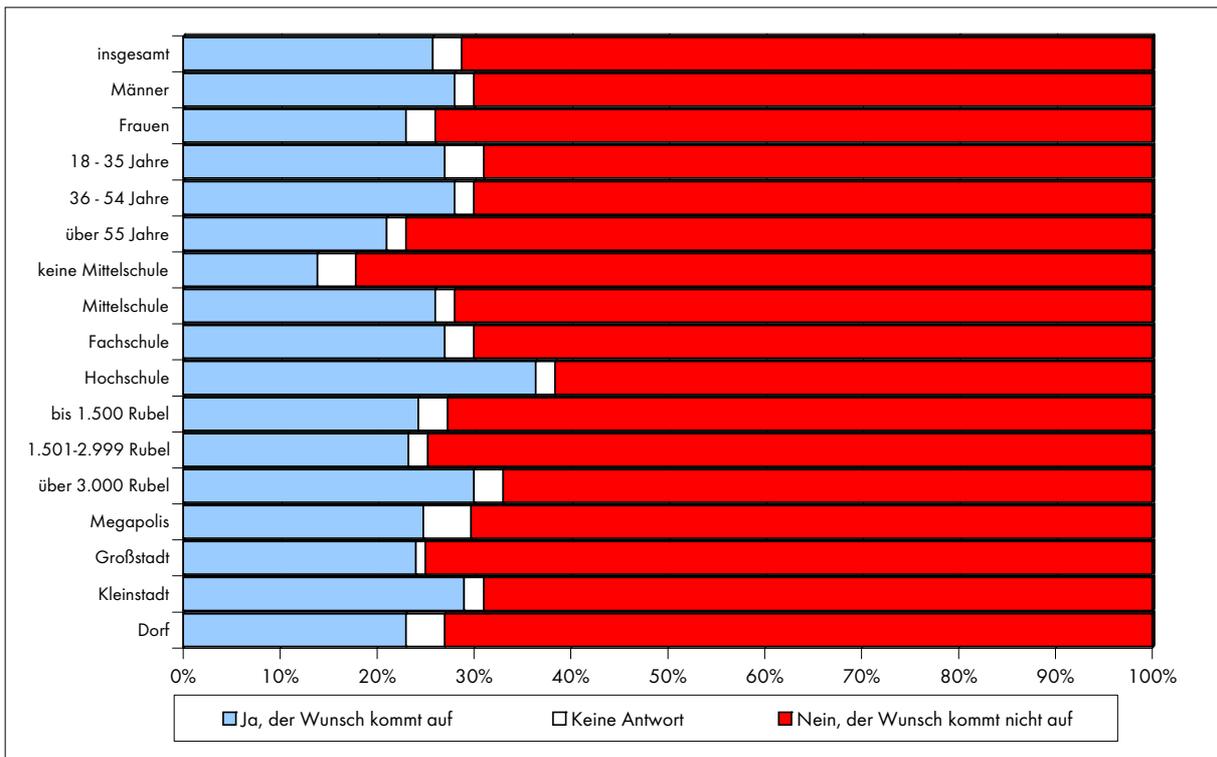
Interessieren Sie sich für Politik?



Glauben Sie, dass sich Menschen Ihres Alters für Politik interessieren?



Haben Sie mitunter den Wunsch, sich an irgendwelchen Demonstrationen oder anderen politischen Aktionen zu beteiligen?



	Geschlecht		Lebensalter				Bildung					Wohnorttyp			
	Männer	Frauen	18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule	Megapolis	Großstadt	Kleinstadt	Dorf		
Anteil der Gruppe	48%	52%	34%	36%	30%	16%	38%	33%	13%	12%	18%	37%	26%		
Manche Leute interessieren sich für Politik, andere nicht. Interessieren Sie sich persönlich für Politik oder nicht?															
Interessiere mich	46%	33%	33%	40%	45%	31%	36%	39%	59%	40%	37%	39%	38%		
Interessiere mich nicht	52%	66%	66%	58%	54%	67%	62%	59%	40%	60%	60%	60%	61%		
Keine Antwort	1%	1%	1%	2%	1%	2%	1%	1%	1%	0%	3%	1%	1%		
Glauben Sie, dass sich heute viele oder wenige Menschen Ihres Alters für Politik interessieren?															
Viele	32%	28%	23%	35%	31%	23%	27%	32%	40%	34%	32%	29%	24%		
Wenige	52%	50%	62%	45%	45%	53%	54%	50%	45%	47%	50%	54%	51%		
Keine Antwort	16%	22%	15%	20%	24%	24%	19%	18%	15%	19%	18%	17%	25%		

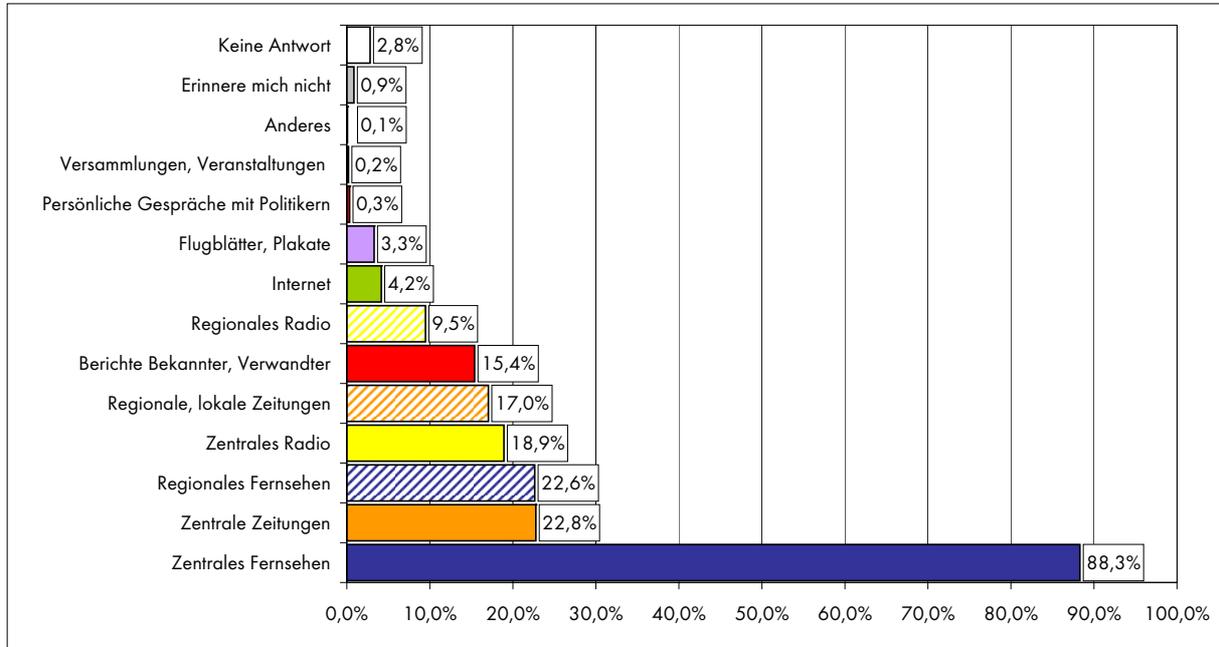
	Geschlecht		Lebensalter				Bildung					Wohnorttyp			
	Männer	Frauen	18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule	Megapolis	Großstadt	Kleinstadt	Dorf		
Anteil der Gruppe	48%	52%	34%	36%	30%	16%	38%	33%	13%	12%	18%	37%	26%		
Sagen Sie, kommt bei Ihnen manchmal der Wunsch auf, sich an irgendwelchen Demonstrationen, Meetings oder anderen politischen Aktionen zu beteiligen? Oder wollen Sie das gar nicht?															
Ja, der Wunsch kommt auf	28%	23%	27%	28%	21%	14%	26%	27%	36%	25%	24%	29%	23%		
Nein, der Wunsch kommt nicht auf	70%	74%	69%	70%	77%	83%	72%	70%	61%	71%	75%	69%	73%		
Keine Antwort	2%	3%	4%	2%	2%	4%	2%	3%	2%	5%	1%	2%	4%		

Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) im Januar 2004

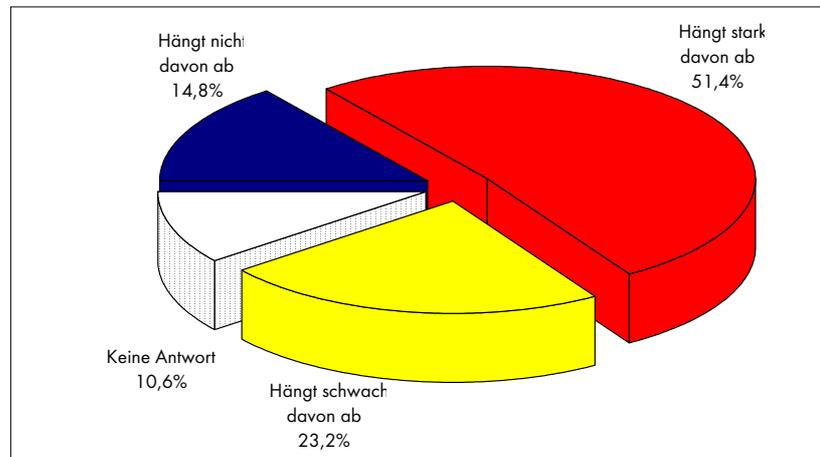
Antworten der Respondenten im Alter von 18-35 Jahren.

Quelle: <http://bd.fom.ru/zip/tb0403.zip>

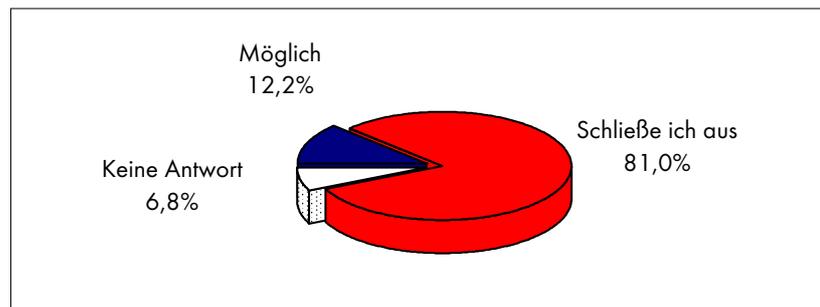
Aus welchen Quellen informieren Sie sich über politische Ereignisse?



Hängt Ihrer Meinung nach das Leben der Jugend – solcher Leute wie Sie – von der Politik ab? Und wenn ja, ist der Einfluss stark oder schwach?



Halten Sie es für sich selbst für möglich, aktives Mitglied irgendeiner politischen Partei zu werden?



Kommentar

Tschetschenische Parlamentswahlen

Von Uwe Halbach, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Die Parlamentswahlen in Tschetschenien vom 27. November 2005 fügen sich in eine Reihe von Veranstaltungen ein, mit denen die russische Regierung in den letzten drei Jahren den Eindruck vermitteln will, in der von Gewalt zermürbten Kaukasusrepublik vollziehe sich ein stetiger Prozess politischer „Normalisierung“. Ein weiteres Schlagwort der russischen Führung in diesem Zusammenhang lautet „Tschetschenisierung“ und meint die Übertragung politischer und militärischer Gewalt von föderalen russischen Organen in tschetschenische Hände, somit auf die „Titularnation“ der Republik, die inzwischen mehr als 90% ihrer Bevölkerung ausmacht. In den beiden Tschetschenienkriegen hat sich die ethnische Bevölkerungsstruktur durch die Flucht und Auswanderung russischsprachiger Bevölkerungsteile dramatisch verändert.

Nach der Choreographie des Kreml sollten die Parlamentswahlen – die ersten seit 1997 – die Rückkehr Tschetscheniens zu einem normalen politischen Leben besiegeln. Präsident Putin nannte sie den „letzten Schritt zur Wiederherstellung aller staatlichen Organe in Tschetschenien“. Bis dato fungierte ein Staatsrat als Parlamentsersatz.

Der erste Akt in dieser Inszenierung politischer Normalität war das Verfassungsreferendum im März 2003, bei dem sich die tschetschenische Bevölkerung angeblich mit Nachdruck und großer Mehrheit für die Zugehörigkeit ihrer Republik zur Russischen Föderation entschied. Dann folgten die Präsidentschaftswahlen, in denen der bisherige Verwaltungsleiter Ahmad Kadyrow zum formellen Oberhaupt der Republik gekürt wurde. Aufgrund seiner Ermordung mussten die Wahlen ein Jahr später wiederholt werden.

Von demokratischen Willensbekundungen waren diese Veranstaltungen schon deshalb weit entfernt, weil die Sicherheitslage in Tschetschenien weder 2003 noch 2005 „faire und freie“ Wahlen zuließ. Was oder wer jeweils zur Wahl stand, wurde vom Kreml bestimmt. Bei den Parlamentswahlen hatte sich der tschetschenische Wähler zwischen Gruppierungen aus der Parteienlandschaft Russlands zu entscheiden. Ein Hauptbewerber war die Partei „Einiges Russland“, die Regierungs- oder Kremlpartei, die in Tschetschenien angeblich 27.000 Mitglieder hat und die als eindeutiger Sieger aus den Parlamentswahlen hervorging. (siehe den Überblick über das Wahlergebnis im Kasten

auf dieser Seite) Hinzu traten andere russlandweit vertretene Parteien wie Rodina, die Kommunistische Partei, die Union der rechten Kräfte.

Aber auch dieses Spektrum eines russländischen „Parteienpluralismus“, in dem nichts Lokalspezifisches zu finden war, täuschte über die realen Machtverhältnisse in Tschetschenien hinweg. Die russische Ausgabe von Newsweek stellte hierzu fest: „Es gibt hier nur Ramzan Kadyrow. Seine Leute sind auf den Listen aller Parteien verteilt, die im Parlament vertreten sein werden“. Der Sohn des ermordeten Präsidenten Kadyrow bildet das gegenwärtige Machtzentrum in Tschetschenien. Aus einer Vielzahl von Gewaltakteuren – russische Truppen,

tschetschenische „Sicherheits“kräfte, Rebellen und Terroristen – ragt seine bewaffnete Anhängerschaft hervor. Sie ist besonders gefürchtet, verfügt sie doch im Vergleich zu den föderalen Truppen über die besseren Informationen über die lokale Bevölkerung. Zivilisten sind eher bereit, Übergriffe durch russische Militärs zur Meldung zu bringen als solche aus dem Gewaltapparat des Kadyrow-Clans.

Offizielle Militärsprecher des Kreml betonen, dass die russischen Streitkräfte in Tschetschenien immer weniger in Kämpfe verwickelt werden und die Zahl ihrer Todesopfer beständig sinkt (im Jahr 2000: 1397, 2002: 485, 2004:161). Selbst wenn hier die offiziellen Angaben aus Moskau ausnahmsweise einmal stimmen sollten, sagt dies wenig über das Gewaltniveau in Tschetschenien aus. Denn die militärische Gewaltausübung auf der pro-russischen Seite hat sich

Wahlergebnis

Einiges Russland	61%
Kommunisten (KPRF)	11%
Union der Rechten Kräfte (SPS)	11%
Eurasische Union	4%
Jabloko	4%
Heimat (Rodina)	3%
LDPR	2%
Volkswille	2%
Gegen alle	2%
<i>Wahlbeteiligung</i>	<i>69%</i>

Vorläufiges amtliches Endergebnis nach Angaben der Zentralen Wahlkommission.

zunehmend auf die tschetschenischen Milizen und besonders auf die „Kadyrowzy“ verlagert.

Ein Parlament wird diese Macht kaum in ihre Schranken weisen. Von realer politischer Gewaltenteilung, die schon im übrigen Russland kaum festzustellen ist, wird in Tschetschenien schon gar nicht die Rede sein können. Tschetschenienbeobachter erwarten, dass Ramzan Kadyrow das Parlament dazu nutzen wird, Legitimität für seinen Machtkampf gegen etwaige Konkurrenten aus der tschetschenischen Verwaltung (Präsident Alchanow) und mit dem Kadyrow-Clan rivalisierenden Elitegruppen (Jamadajew-Clan) zu erlangen und sich als der nächste Präsidentschaftskandidat aufzubauen. Von den letzten Präsidentschaftswahlen war er aufgrund seines Alters (heute 29 Jahre) noch ausgeschlossen.

Hat Tschetschenien wenigstens ein kleines Stück „Normalität“ gewonnen? Auch westliche Beobachter

konstatieren, dass die Zahl der Gewaltereignisse in der Republik rückläufig ist – dies freilich im Vergleich zu der Hölle aus Gewalt, in der die lokale Bevölkerung jahrelang lebte. Der gegenwärtig amtierende Präsident Alchanow gilt als relativ integer und ist bemüht, den Wiederaufbau in der vom Krieg zerstörten Republik voranzutreiben. Er ist aber eben nicht der eigentliche Machthaber in der Republik.

Von „Befriedung“ und „politischer Normalität“ ist Tschetschenien nach wie vor weit entfernt. Es tritt als der bislang zentrale Gewaltherd des Kaukasus vor allem deshalb etwas in den Hintergrund, weil Nachbarrepubliken wie Dagestan in letzter Zeit mit einer enormen Häufung von Gewaltvorfällen hervortreten und der Nordkaukasus nach Beslan nun über Tschetschenien hinaus als Krisen- und Konfliktzone am Rande Europas wahrgenommen wird.

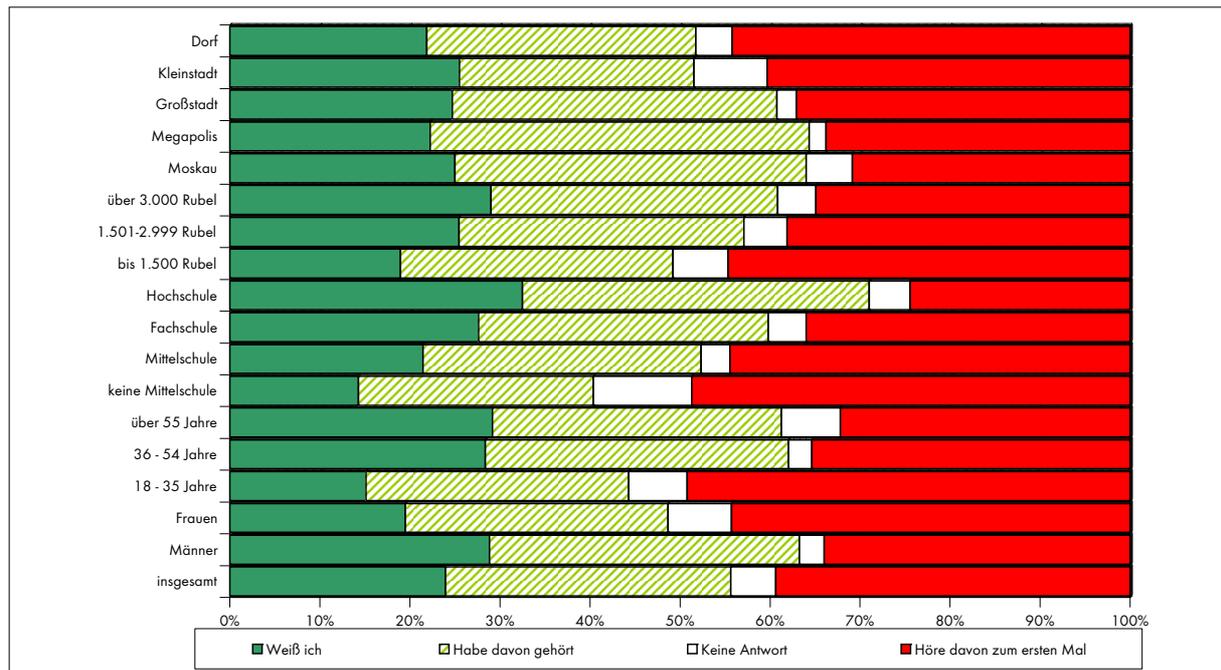
Umfrage

Die Wahlen in Tschetschenien in den Augen der russischen Öffentlichkeit

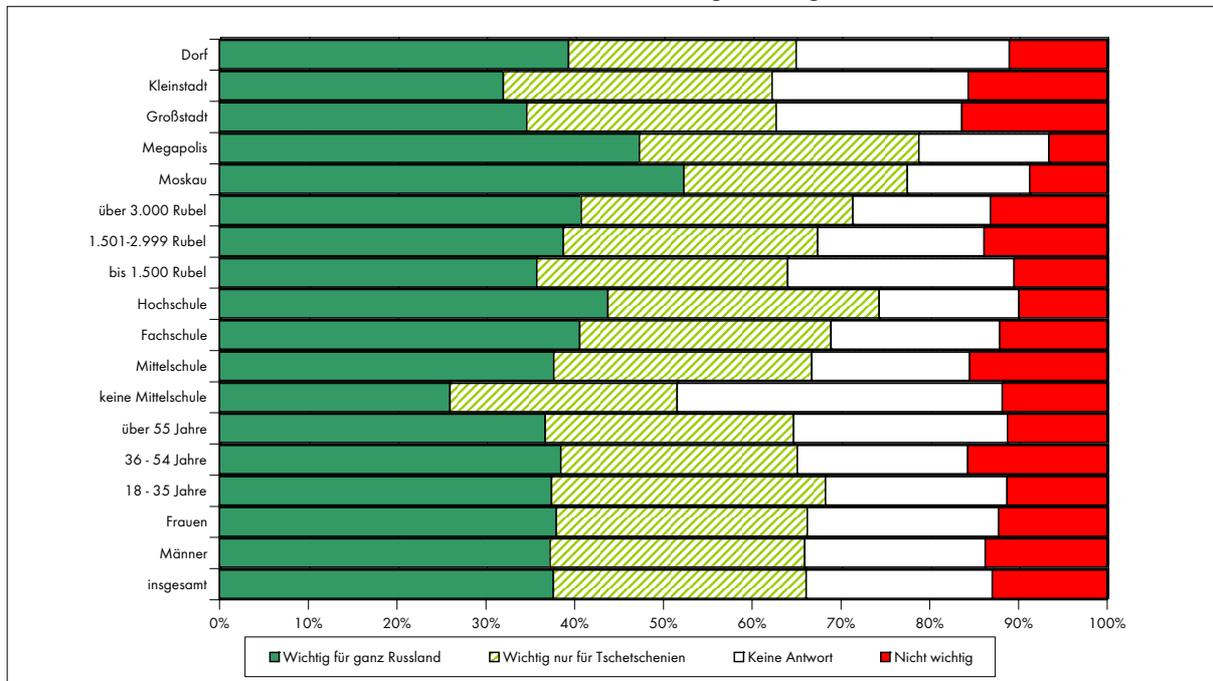
Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) am 19.–20. November 2005

Quelle: <http://bd.fom.ru/zip/tb0547.zip>

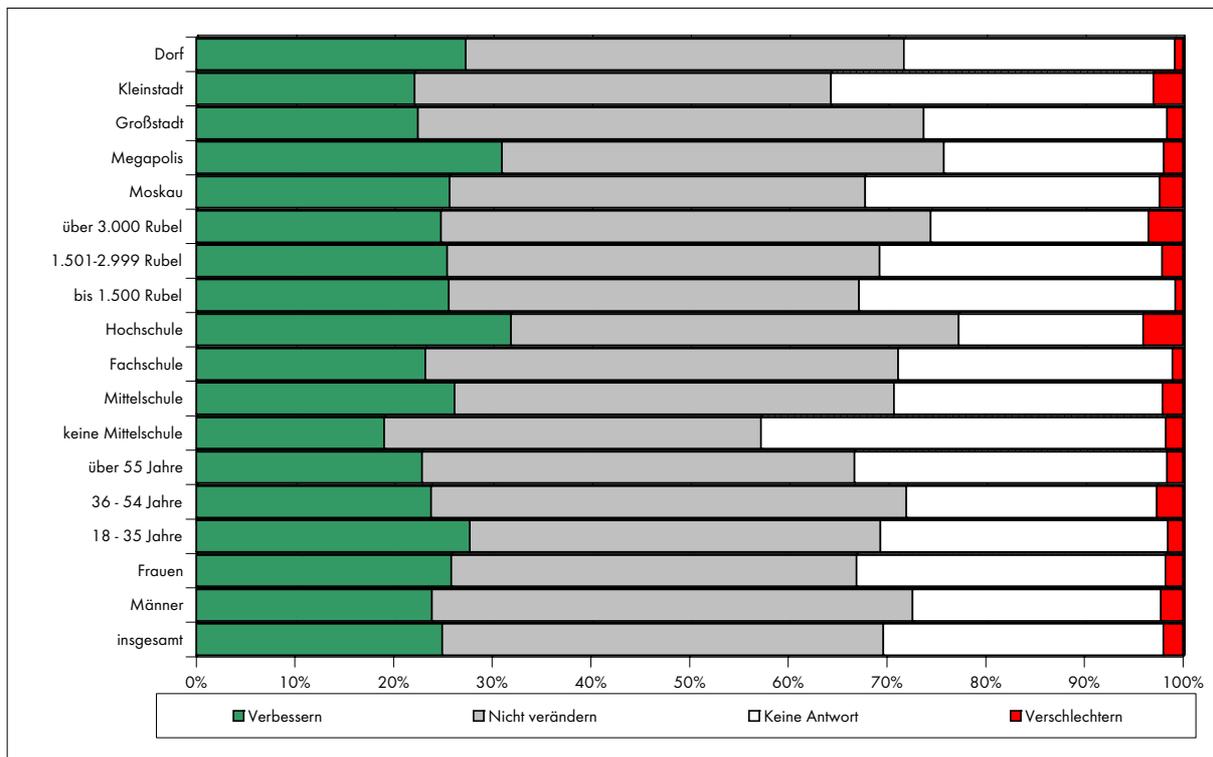
Wissen Sie, dass am 27. November in Tschetschenien Wahlen zum regionalen Parlament stattfinden?



Sind die Parlamentswahlen in Tschetschenien ein wichtiges Ereignis?



Wird sich die Situation in Tschetschenien nach den regionalen Parlamentswahlen verbessern?



	Geschlecht		Lebensalter			Bildung				Prokopfeinkommen				Wohnorttyp				
	Männer	Frauen	18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule	bis 1.500 Rubel	1.501-2.999 Rubel	über 3.000 Rubel	Moskau	Megapolis	Großstadt	Kleinstadt	Dorf	
Anteil der Gruppe	47,7%	52,3%	35,0%	38,0%	27,0%	16,4%	36,1%	32,4%	15,2%	24,0%	43,4%	21,5%	6,3%	12,6%	17,6%	36,8%	26,7%	
Hat sich Ihrer Meinung nach die allgemeine Situation in Tschetschenien in letzter Zeit verbessert, verschlechtert oder ist sie gleich geblieben?																		
Hat sich verbessert	25,2%	21,9%	27,2%	23,6%	18,4%	18,2%	24,8%	23,7%	25,5%	19,9%	24,6%	25,3%	35,6%	23,8%	27,4%	21,5%	20,6%	
Ist gleich geblieben	53,7%	49,0%	49,8%	54,8%	48,0%	40,5%	56,3%	52,7%	47,5%	53,1%	49,7%	50,6%	40,2%	52,5%	50,8%	53,5%	50,3%	
Hat sich verschlechtert	7,4%	9,8%	5,1%	9,3%	12,2%	9,3%	5,8%	9,7%	12,2%	7,8%	8,3%	11,3%	7,8%	11,3%	10,1%	7,5%	8,2%	
Keine Antwort	13,7%	19,4%	17,9%	12,3%	21,4%	31,9%	13,1%	13,9%	14,8%	19,2%	17,3%	12,8%	16,4%	12,5%	11,8%	17,5%	20,8%	
Wissen Sie, haben Sie davon gehört oder hören Sie jetzt zum ersten Mal, dass am 27. November in Tschetschenien Wahlen zum regionalen Parlament stattfinden?																		
Weiß ich	28,8%	19,5%	15,1%	28,4%	29,2%	14,3%	21,5%	27,6%	32,5%	18,9%	25,4%	29,0%	25,0%	22,3%	24,7%	25,5%	21,9%	
Habe davon gehört	34,4%	29,2%	29,2%	33,7%	32,1%	26,1%	30,9%	32,2%	38,5%	30,3%	31,6%	31,9%	39,0%	42,1%	36,1%	26,1%	29,9%	
Höre davon zum ersten Mal	34,0%	44,3%	49,2%	35,4%	32,2%	48,7%	44,4%	36,0%	24,4%	44,6%	38,1%	34,9%	30,8%	33,8%	37,0%	40,3%	44,2%	
Keine Antwort	2,8%	7,1%	6,5%	2,6%	6,5%	10,9%	3,2%	4,2%	4,5%	6,1%	4,8%	4,3%	5,1%	1,9%	2,2%	8,1%	4,0%	
Glauben Sie dass die die Regionalwahlen den Interessen der tschetschenischen Bevölkerung entsprechen?																		
Ja	29,8%	28,5%	31,7%	27,6%	28,0%	17,8%	27,4%	32,4%	38,6%	28,7%	29,3%	33,4%	37,6%	41,4%	28,5%	26,4%	25,5%	
Nein	17,8%	13,6%	13,2%	20,5%	11,9%	12,0%	14,5%	18,3%	16,6%	13,2%	16,2%	18,1%	22,2%	13,2%	22,6%	14,4%	12,4%	
Keine Antwort	52,4%	57,8%	55,0%	52,0%	60,1%	70,2%	58,1%	49,4%	44,8%	58,0%	54,5%	48,4%	40,2%	45,4%	49,0%	59,2%	62,1%	

	Geschlecht		Lebensalter			Bildung				Prokopfeinkommen				Wohnorttyp			
	Männer	Frauen	18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule	bis 1.500 Rubel	1.501-2.999 Rubel	über 3.000 Rubel	Moskau	Megapolis	Großstadt	Kleinstadt	Dorf
Was meinen Sie, sind die Parlamentswahlen in Tschetschenien ein wichtiges oder ein unwichtiges Ereignis? Und wenn es wichtig ist, ist es wichtig für Russland oder für Tschetschenien?																	
Nicht wichtig	13,7%	12,2%	11,3%	15,7%	11,2%	11,8%	15,5%	12,1%	9,9%	10,5%	13,9%	13,1%	8,7%	6,6%	16,4%	15,6%	11,0%
Wichtig für ganz Russland	37,2%	37,9%	37,4%	38,4%	36,7%	25,9%	37,7%	40,6%	43,8%	35,7%	38,7%	40,7%	52,3%	47,3%	34,6%	32,0%	39,3%
Wichtig nur für Tschetschenien	28,7%	28,3%	30,9%	26,6%	28,0%	25,6%	29,1%	28,3%	30,6%	28,3%	28,7%	30,6%	25,2%	31,5%	28,1%	30,2%	25,7%
Keine Antwort	20,3%	21,5%	20,4%	19,2%	24,1%	36,6%	17,8%	19,0%	15,7%	25,5%	18,7%	15,5%	13,8%	14,7%	20,9%	22,1%	24,0%
Was meinen Sie wird sich die Situation in Tschetschenien nach den regionalen Parlamentswahlen verbessern, verschlechtern oder nicht verändern?																	
Verbessern	23,9%	25,9%	27,7%	23,8%	22,9%	19,1%	26,2%	23,2%	31,9%	25,6%	25,4%	24,8%	25,7%	31,0%	22,5%	22,1%	27,3%
Nicht verändern	48,7%	41,0%	41,6%	48,1%	43,8%	38,2%	44,5%	47,9%	45,4%	41,5%	43,8%	49,6%	42,1%	44,8%	51,2%	42,2%	44,4%
Verschlechtern	2,2%	1,8%	1,6%	2,7%	1,7%	1,7%	2,1%	1,1%	4,1%	0,8%	2,1%	3,5%	2,4%	1,9%	1,6%	3,0%	0,9%
Keine Antwort	25,2%	31,3%	29,1%	25,4%	31,6%	41,0%	27,2%	27,8%	18,7%	32,1%	28,6%	22,1%	29,9%	22,3%	24,7%	32,7%	27,4%
Was meinen Sie, widmen die föderalen Medien (Zeitungen, Radio, Fernsehen) den Parlamentswahlen in Tschetschenien zuviel Aufmerksamkeit, zu wenig oder gerade so viel, wie nötig?																	
zuviel	8,2%	7,5%	6,1%	9,6%	7,5%	6,4%	8,2%	7,3%	9,6%	9,0%	7,0%	10,4%	11,7%	3,0%	7,8%	10,2%	5,9%
So viel, wie nötig	44,8%	45,3%	45,1%	46,9%	42,6%	34,8%	47,0%	48,4%	44,6%	46,0%	49,2%	37,9%	47,2%	42,8%	44,5%	42,4%	49,7%
zu wenig	15,4%	12,9%	15,0%	13,7%	13,4%	11,1%	11,9%	15,3%	19,8%	12,4%	12,5%	20,4%	13,3%	29,2%	12,4%	13,7%	8,7%
Keine Antwort	31,6%	34,3%	33,9%	29,8%	36,5%	47,7%	33,0%	28,9%	26,1%	32,6%	31,3%	31,3%	27,8%	25,0%	35,3%	33,7%	35,7%

Chronik

Chronik vom 24. November bis 1. Dezember 2005

24.11.2005	Der neue Generaldirektor des Fernsehsender Ren-TV, Alexander Ordshonikidse, löst die Moderatorin seiner Nachrichtensendung „24“, Olga Romanowa, ab, nachdem diese sich im Radiosender „Echo Moskwy“ kritisch über die neue Nachrichtenpolitik von Ren-TV geäußert hat.
24.11.2005	Ein holländisches Gericht lehnt den Antrag des Erdölkonzerns Rosneft ab, die ausländischen Besitztitel von Jukos einzufrieren.
24.11.2005	German Gref, der Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel, gibt bekannt, dass zwei Staatsvertreter in den Aufsichtsrat des Automobilherstellers AwtoWAZ eintreten werden. Dabei handelt es sich um Repräsentanten des staatlichen Rüstungsexporteurs Rosoboronexport und der Föderalen Industrieagentur.
26.11.2005	Ein Moskauer Stadtgericht schließt die Partei „Heimat“ von den Wahlen zur Moskauer Stadtduma aus, mit der Begründung, die Werbekampagne der Partei fördere Rassenhass.
27.11.2005	Unter dem Schutz von 24.000 Polizisten und Soldaten finden in Tschetschenien Parlamentswahlen statt. Die Partei „Einiges Russland“ gewinnt mehr als 60% der Stimmen. Beobachter kritisieren die Wahl und sprechen von einer „Farce“. (siehe auch den Kommentar auf den Seiten 11 und 12)
27.11.2005	Die Moskauer Polizei unterbindet gewaltsam eine nicht genehmigte Veranstaltung, auf der liberale Gruppen gegen Nationalismus und Faschismus demonstrieren.
28.11.2007	Präsident Putin weist Ministerpräsident Fradkow an, in den kommenden Etat zusätzliche 15 Mrd. Rubel einzustellen, um Wohnungen für Militärangehörige zu finanzieren.
28.11.2007	Ministerpräsident Fradkow gibt eine neue Arbeitsteilung innerhalb des Kabinetts bekannt. Danach ist Dmitrij Medwedjew für Wettbewerb in der Wirtschaft, Demonopolisierung, Bodenschätze und Umweltschutz zuständig sowie für Rechtsfragen und Kommunikation mit der Öffentlichkeit. In die Kompetenz von Alexander Shukow fallen Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik. Sergej Iwanow ist verantwortlich für Rüstungswirtschaft und Rüstungsexport.
28.11.2007	Das Bezirksgericht Lefortowo (Moskau) befandet Alexej Kurzin, den Eigentumsmanager der Moskauer Jukos-Filiale, des Betrugs und der Geldwäsche schuldig.
29.11.2005	Der Präsident der Republik Tschetschenien, Alu Alchanow, kündigt an, er wolle mit Repräsentanten des tschetschenischen Widerstands zusammentreffen.
29.11.2005	Das Parlament der Republik Nordossetien legt einen Bericht über die Geiselnahme in Beslan vor. Der Bericht bemängelt u.a., dass die Zahl der Geiseln lange geheim gehalten wurde und dass der Krisenstab unkoordiniert gearbeitet habe. Eine Version des Berichts wird auf der Seite „Die Wahrheit über Beslan“ veröffentlicht: http://pravdabeslana.ru/index.htm
29.11.2005	Russische Behörden in Chabarowsk bereiten sich auf die drohende Verschmutzung des Amurwassers vor, deren Ursache die Umweltkatastrophe in China ist. U.a. wird eine Preiskontrolle für Mineralwasser eingeführt. Ferner werden artesische Brunnen in der Region unter Bewachung gestellt.
29.11.2005	Maskierte Männer erschießen den Bürgermeister der Ortschaft Awtury (Tschetschenien). Bei dem folgenden Feuergefecht werden zwei Polizisten verletzt.
1.12.2005	Aufgrund eines Föderalen Verfassungsgesetzes, das am 1. Juli 2005 von Präsident Putin unterzeichnet wurde, wird ein neues Föderationssubjekt gebildet, die Region Perm. Sie entsteht aus der Zusammenlegung des Gebiets Perm und des Autonomen Bezirks der Komi-Permjakien.
1.12.2005	Putin weist die Regierung an, ein Gesetz über die Verkürzung des Wehrdienstes auf 12 Monate vorzubereiten, das am 1. Januar 2008 in Kraft treten soll.
1.12.2005	Im Rayon Wedeno (Tschetschenien) kommt es zu einem Feuergefecht zwischen Sicherheitskräften und Guerillakämpfern. Dabei werden drei Guerillas getötet, sechs weitere verwundet. Auf Seite der Sicherheitskräfte erleiden zwei Soldaten Verletzungen.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de